

Inhaltsverzeichnis

0.	Geleitwort	11
1.	Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg	15
1.1	Der Kalte Krieg.....	15
1.2	Erste Schritte der politischen und wirtschaftlichen Integration zur Stabilisierung Europas in den Nachkriegsjahren	20
1.3	Der Marshallplan	22
1.4	Die Frage der politischen und militärischen Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft	25
1.5	Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	31
1.6	Der Weg zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	33
1.7	Der Pleven-Plan	36
1.8	Die Vertragsverhandlungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	37
1.9	Der EVG-Vertrag.....	41
1.10	Das Scheitern der EVG.....	43
1.11	Die Fouchetpläne	45
2.	Die politisch-militärischen Integrationsformen.....	51
2.1	Die Westeuropäische Union (WEU).....	51
2.1.1	Die Ausgangslage nach dem Scheitern der EVG	51
2.1.2	Der Brüssler Vertrag – die West-Union	53
2.1.3	Die Pariser Verträge von 1954.....	55
2.1.4	Die Ziele und Aufgaben der WEU	59
2.1.5	Die Organisationsstruktur der WEU.....	62
2.1.5.1	Der Rat.....	62
2.1.5.2	Die Versammlung	64
2.1.6	Die Rolle der WEU in der Europäischen Sicherheitspolitik.....	65
2.2	Die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO)	80
2.2.1	Die Ausgangslage für die Bildung der NATO.....	80
2.2.2	Ziele und Aufgaben der NATO	83
2.2.3	Die Organisation der NATO.....	86
2.2.3.1	Die politische Struktur der NATO.....	87
2.2.3.2	Die militärische Organisation der NATO.....	89
2.2.3.3	Die Kommandostruktur der NATO	91
2.2.4	Die NATO bis zum Wegfall des Ost-West-Konflikts	92

3.	Die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)	104
3.1	Die Haager Gipfelkonferenz und der Luxemburger Bericht	105
3.2	Von der Pariser Gipfelkonferenz 1972 zum Tindemans-Bericht von 1975	108
3.3	Vom Londoner Bericht von 1981 zur „Feierlichen Deklaration der Europäischen Union“ des Europäischen Rates in Stuttgart	113
3.4	Vom Dooge-Ausschuss zur Einheitlichen Europäischen Akte.....	117
3.5	Die Einheitliche Europäische Akte – Formalisierung der EPZ	120
3.6	Die EPZ als Gremium der politischen Kooperation	124
3.6.1	Die Organisationsstruktur der EPZ.....	124
3.6.2	Die Beschlussfassung innerhalb der EPZ	125
3.7	Ergebnis und Beurteilung der EPZ als internationaler Akteur	127
4.	Geänderte politische Rahmenbedingungen und neue sicherheitspolitische Herausforderungen	131
4.1	Geänderte politische Rahmenbedingungen	132
4.1.1	Der Wegfall des Ost-West-Konflikts - Das Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa	132
4.1.2	Das wiedervereinigte Deutschland	135
4.1.3	Der Zusammenbruch der Sowjetunion	138
4.1.4	Russlands innen- u. außenpolitische Entwicklung seit der Wende ...	139
4.1.5	Der Jugoslawienkonflikt	144
4.1.5.1	Der Kosovo	144
4.1.5.2	Slowenien und Kroatien.....	145
4.1.5.3	Mazedonien.....	145
4.1.5.4	Bosnien-Herzegowina.....	146
4.1.6	Die Europäische Gemeinschaft und der Jugoslawienkonflikt	149
4.1.7	Der Zweite Irakkrieg – Die Golfkrise	152
4.2	Neue Sicherheitspolitische Herausforderungen	153
4.2.1	Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und modernen Trägersystemen (Proliferation)	153
4.2.2	Terrorismus und internationale Kriminalität	154
4.2.3	Störung von Informationssystemen – Cyber War.....	155
5.	Der Vertrag von Maastricht –Geburtsstunde der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union	156

5.1	Der Weg zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.....	156
5.2	Die Tempelkonstruktion von Maastricht und die GASP.....	162
5.3	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage des Maastrichter Vertrags	163
5.4	Die sicherheitspolitischen/verteidigungspolitischen Bestimmungen des Vertrags von Maastricht	164
5.5	Die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	166
5.6	Die Handlungsformen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	168
5.6.1	Die regelmäßige Zusammenarbeit	169
5.6.2	Der Gemeinsame Standpunkt	170
5.6.3	Gemeinsame Aktionen.....	172
5.6.4	Bisher erfolgte gemeinsame Aktionen.....	178
5.7	Die Akteure der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.....	179
5.7.1	Der Europäische Rat	179
5.7.2	Der Ministerrat.....	180
5.7.3	Der Ratsvorsitz und die Troika	181
5.7.4	Das Generalsekretariat	182
5.7.5	Das Politische Komitee und der Ausschuss der Ständigen Vertreter	183
5.7.6	Die Beteiligung der Kommission	185
5.7.7	Die Einbindung des Europäischen Parlaments (EP).....	187

6. Die Anpassung sicherheitspolitischer Strukturen an die neuen Gegebenheiten in Europa..... 189

6.1	Die neue Rolle der Westeuropäischen Union	189
6.1.1	Die Petersberg Erklärung.....	192
6.1.2	Die Kirchberg Erklärung	195
6.2.	Die Beziehung der WEU zur NATO und zur Europäischen Union ..	197
6.2.1	Die Beziehung der WEU zur NATO	198
6.2.2	Beziehungen der WEU zur Europäischen Union	201
6.3	Die operativen Kapazitäten der WEU	202
6.4	Die Operationen der WEU in den 90er Jahren	204
6.5	Die Neuorientierung der NATO	209
6.6	Die Londoner Erklärung	210
6.7	Der Gipfel von Rom	213
6.8	Der Nordatlantische Kooperationsrat und die Partnerschaft für den Frieden.....	215
6.9	Von Berlin nach Madrid	218
6.10	Der Gipfel von Washington.....	222
6.11	Die Operationen der NATO auf dem Balkan	226
6.11.1	Bosnien-Herzegowina.....	226
6.11.2	Der Konflikt im Kosovo	227

6.11.3	Der Kosovo-Konflikt und die Europäische Sicherheitspolitik	233
6.11.4	Die NATO-Operationen in Mazedonien.....	235
7.	Der Vertrag von Amsterdam.....	237
7.1	Die GASP zwischen Maastricht und Amsterdam	238
7.2	Die Änderungen der GASP durch den Vertrag von Amsterdam.....	244
7.3	Die Neuerungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungs- politik nach Amsterdam – Art. 17 EUV	248
7.4	Das Verhältnis zwischen WEU-EU und WEU-NATO	249
8.	Von Amsterdam nach Göteborg	252
8.1	Die Dynamisierung der ESVP durch das Gipfeltreffen von St. Malo sowie durch die Europäischen Räte von Köln, Helsinki und Feira	252
8.2	Die Regierungskonferenz 2000 und der Vertrag von Nizza.....	269
8.3	Vertragliche Änderungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	270
8.4	Die Weiterentwicklung der ESVP von Feira bis Nizza	272
8.4.1	Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK)	278
8.4.2	Der Militärausschuss.....	279
8.4.3	EU-Militärstab	279
8.5	Von Nizza nach Göteborg. Ausbau des zivilen Krisen- managements der Union	282
9.	Die EU und NATO im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus.....	286
9.1	Der 11. September 2001 und seine Folgen	286
9.2	Die Maßnahmen der EU und NATO gegen den Internationalen Terrorismus	289
10.	Die Entwicklung der NATO nach dem 11. September 2001	295
10.1	Der Prager NATO-Gipfel	296
10.2	Die Entwicklung der NATO bis zum Gipfel von Istanbul	302
10.3	Das Gipfeltreffen von Istanbul	307
11.	Von Laeken nach Brüssel. Die Union am Weg zum internationalen Akteur: Teil 1	310

11.1	Die belgische Präsidentschaft (Capability Improvement Conference, Erklärung der Einsatzbereitschaft der Union. Einberufung des Verfassungskonvents)	310
11.2	Die spanische Präsidentschaft (Beschluss zur Durchführung der ersten Polizeimission der Union in Bosnien-Herzegowina. erste offizielle Tagung der Verteidigungsminister der EU, Kampf gegen den Internationalen Terrorismus).....	315
11.3	Die dänische Präsidentschaft (Dauervereinbarungen über den Zugang der EU zu NATO-Kapazitäten - „Berlin Plus Vereinbarungen“ -, Beschluss über die erste militärische Operation der EU in Mazedonien).....	320
11.4	Die griechische Präsidentschaft (Die Irak-Krise, Erklärung über die Einsatzbereitschaft der EU im gesamten Spektrum der Petersberg Aufgaben, erste militärische Operation der EU außerhalb Europas, EU-Sicherheitsstrategie)	323
11.5	Die italienische Präsidentschaft (Polizeioperation PROXIMA in Mazedonien; Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinten Nationen; Verabschiedung der Grundsätze für eine Europäische Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten, Headline Goal 2010, Schaffung einer EU-Planungszelle)	333
11.6	Die irische Präsidentschaft (Verbesserung des zivilen Krisenmanagements; erste „Role of Law Mission“ der Union; Battlegroup-Konzept; Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch die Staats- und Regierungschefs)	337
12.	Exkurs: Eine neue Verfassung für Europa: Die wichtigsten Ergebnisse im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union	342
12.1	Der Weg zum Verfassungsvertrag.....	342
12.2	Die Errungenschaften im Bereich der GASP/ESVP durch den Verfassungsvertrag	346
12.2.1	Entscheidungsfindung.....	348
12.2.2	Die verstärkte Zusammenarbeit	349
12.2.3	Die Instrumente der GASP	350
12.2.4	Der Europäische Außenminister	351
12.3	Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	351
12.3.1	Europäische Verteidigungsagentur	353
12.3.2	Entscheidungsfindung.....	354
12.3.3	Ständige strukturierte Zusammenarbeit	354

12.3.4	Beistandspflicht	355
12.3.5	Solidaritätsklausel	355
12.4	Das vorläufige Scheitern der Verfassung	356
12.5	Die Auswirkungen der vorläufig gescheiterten Verfassung auf die GASP/ESVP	360
13.	Die Union am Weg zum internationalen Akteur: Teil 2.....	363
13.1	Die niederländische Präsidentschaft (Operation EUFOR ALTHEA, Festlegung der Battle Groups, Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur, Ziviles Planziel 2008).....	363
13.2	Die Luxemburgische Präsidentschaft (Aktionsplan in Zusammenhang mit der Tsunami-Katastrophe; neue Missionen: EUPOL Kinshasa, EUSEC RD Congo, EUJUST Lex; Musterabkommen über die Rechtsstellung von EU- Einsatzkräften in Drittstaaten; weiterer Ausbau der militärischen wie zivilen Fähigkeiten; Arbeitsstart der Europäischen Verteidigungsagentur)	368
13.3	Die britische Präsidentschaft (Strategie zur Terrorismusbe- kämpfung; neue Missionen: Aceh-Beobachtermission (AMM), AMIS II, EU BAM Rafah, EUPOL COPPS, EU BAM Moldau/Ukraine; weiterer Ausbau der militärischen und zivilen Fähigkeiten; zivil-militärische Koordinierung)	372
13.4	Aktuelle Entwicklungen: Die österreichische Präsidentschaft	380
14.	Schlussfolgerungen	385
15.	Literaturverzeichnis	389